

Im Rahmen des Ökonomenpanels von ifo und FAZ werden seit Februar 2016 Professoren der Volkswirtschaftslehre an deutschen Universitäten zur gegenwärtigen Wirtschaftspolitik befragt. In der öffentlichen Debatte zu wirtschaftspolitischen Fragestellungen werden oftmals lediglich zwei Meinungen von Ökonomen präsentiert, die zumeist gegensätzlich sind. Daraus lässt sich allerdings nicht schließen, wie die Mehrheitsverhältnisse unter Ökonomen zu einem Thema ausgestaltet sind. Das Ziel des Ökonomenpanels ist es, eine differenziertere Sichtweise der Ansichten von Ökonomen zu präsentieren. Das Ökonomenpanel stellt somit ein Meinungsbild dar und kann der Öffentlichkeit detailliert vermitteln, wie sich die Gruppe der Ökonomen zu bestimmten Themen positioniert. In der ersten Umfrage des Ökonomenpanels im Februar 2016 wurden 647 Professoren befragt. Die Rücklaufquote erreichte mit knapp 41% einen für die erste Umfrage sehr respektablen Wert. 83,4% der Teilnehmer beantworteten dabei den Fragebogen vollständig.

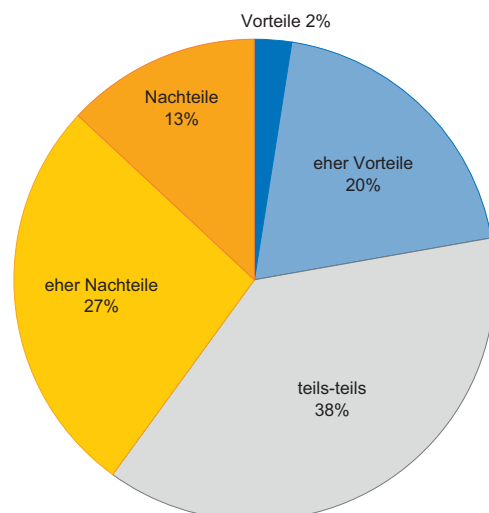
Die erste Umfragewelle

Ein Schwerpunktthema in der ersten Runde war die Asyl- und Zuwanderungspolitik. Die Ergebnisse zeigen, dass im Hinblick auf die gegenwärtige Asylpolitik in Deutschland nach Ansicht der Ökonomen tendenziell die wirtschaftlichen Nachteile überwiegen. So ist eine relative Mehrheit von 40% der Teilnehmer der Meinung, dass die derzeit ankommenden Asylbewerber vermehrt wirtschaftliche Nachteile für Deutschland mit sich bringen werden. Lediglich 22% verbinden damit Vorteile; eine große Gruppe von 38% ist hingegen unentschieden (vgl. Abb. 1).

Auch im Hinblick auf einen Vergleich der Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik mit anderen Ländern schneidet Deutschland nach Ansicht der Ökonomen schlecht ab. Noch schlechter wird lediglich die Politik Frankreichs bewertet.¹ In Frankreich wird die Einwanderungspolitik zumeist im Zusammenhang mit sozialen Unruhen und islamischen Terroranschlägen wahrgenommen. Besonders gut schneidet bei den Teilnehmern hingegen die Politik Kanadas und Australiens ab. In beiden Ländern wird stark nach der Qualifikation der Einwanderer selektiert und – zumindest im Fall Australiens – eine vergleichsweise rigorose Asylpolitik betrieben.

Abb. 1

Bringen die derzeit ankommenden Asylbewerber eher wirtschaftliche Vor- oder Nachteile für Deutschland?



Quelle: Ökonomenpanel Februar 2016.

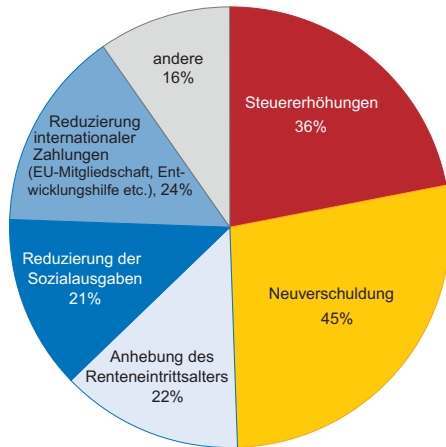
Den Ökonomen wurden ebenfalls Fragen hinsichtlich einer besseren Integration der Asylbewerber in den Arbeitsmarkt gestellt. Dabei spricht sich eine Mehrheit für eine Aufweichung des Mindestlohns aus. Jeder zweite Teilnehmer würde demnach den Mindestlohn für Asylbewerber senken bzw. erst nach einer Reihe von Jahren nach dem Eintritt in den deutschen Arbeitsmarkt einführen. 37% lehnen eine derartige Absenkung allerdings ab.

In Bezug auf die Finanzierung der kurzfristig anfallenden Kosten für die Unterbringung, Versorgung und Betreuung von Asylbewerbern spricht sich die relative Mehrheit der Ökonomen für Neuverschuldung (45%) bzw. Steuererhöhungen (36%) aus (Mehrfachnennungen

¹ Basierend auf einem 90%-Konfidenzintervall.

Abb. 2

Wie sollten Ihrer Meinung nach die kurzfristig anfallenden Kosten für die Unterbringung, Versorgung und Betreuung der Asylbewerber bezahlt werden?
(Mehrfachnennungen möglich)



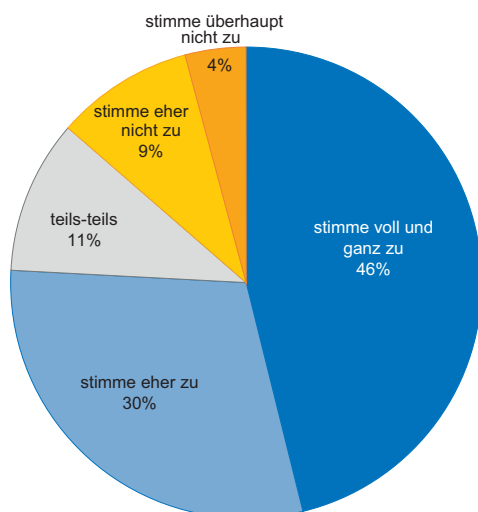
Quelle: Ökonomenpanel Februar 2016.

waren möglich). 24% würden internationale Zahlungen reduzieren, 22% das Renteneintrittsalter anheben und 21% Sozialausgaben reduzieren. 16% der Teilnehmer schlagen andere Sparmaßnahmen vor (vgl. Abb. 2). Darunter finden sich Vorschläge zu Umschichtungen im Haushalt (Subventionsabbau) oder eine Verwendung der derzeitigen Haushaltsüberschüsse zur Finanzierung der Mehrausgaben.

Zur besseren Kontrolle der Zuwanderungsströme befürwortet eine große Mehrheit der Ökonomen eine Sicherung der

Abb. 3

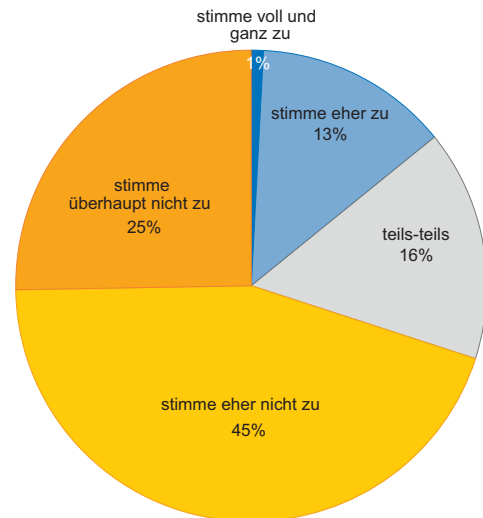
Um die Zuwanderungsströme besser kontrollieren zu können, sollten die Grenzen des Schengen-Raums gesichert werden



Quelle: Ökonomenpanel Februar 2016.

Abb. 4

Das dritte Hilfspaket für Griechenland wird das Land langfristig stabilisieren



Quelle: Ökonomenpanel Februar 2016.

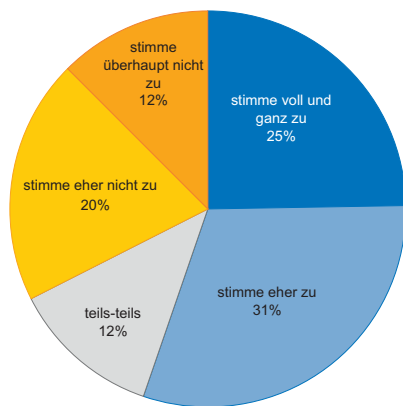
Grenzen des Schengen-Raums (76%). Lediglich 4% stimmen dieser Maßnahme überhaupt nicht zu (vgl. Abb. 3). Eine Schließung nationaler Grenzen findet dabei jedoch keine mehrheitliche Zustimmung. 65% der Teilnehmer lehnen eine derartige Maßnahme konsequent bzw. eher ab.

Ein mediales Dauerthema der letzten Jahre ist die Rettungspolitik für Griechenland. Auch hierzu wurden die Ökonomen befragt. Eine überwältigende Mehrheit (70%) ist dabei zurzeit der Ansicht, dass das dritte Hilfspaket zu keiner dauerhaften Stabilisierung des Landes führen wird (vgl. Abb. 4). Ein Austritt aus der Eurozone mit Rückkehroption findet allerdings keine klare Mehrheit. So sprechen sich 42% der Teilnehmer konsequent bzw. eher gegen einen Austritt Griechenlands aus der Eurozone aus. 50% würden eine derartige Maßnahme eher bzw. voll und ganz befürworten; 8% zeigen sich bei dieser Frage unentschlossen.

Ein ebenfalls in den Medien kontrovers diskutiertes Thema war die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns in Deutschland zum 1. Januar 2015. Diese Maßnahme war ein zentraler Bestandteil des Koalitionsvertrages zwischen CDU/CSU und SPD. Die Mehrheit der Ökonomen (56%) bewertet diese eingeführte Maßnahme allerdings als einen wirtschaftspolitischen Fehler. Lediglich 32% stimmen der Aussage, dass die Einführung des flächendeckenden Mindestlohns ein wirtschaftspolitischer Fehler war, »überhaupt nicht« bzw. »eher nicht« zu (vgl. Abb. 5).

Die Ökonomen wurden ebenfalls zur gegenwärtigen Geldpolitik der Europäischen Zentralbank befragt. Eine Mehrheit von 57% beurteilt die Geldpolitik dabei als zu expansiv. 40% halten

Abb. 5
Die Einführung des flächendeckenden Mindestlohns zum 1. Januar 2015 war ein wirtschaftspolitischer Fehler

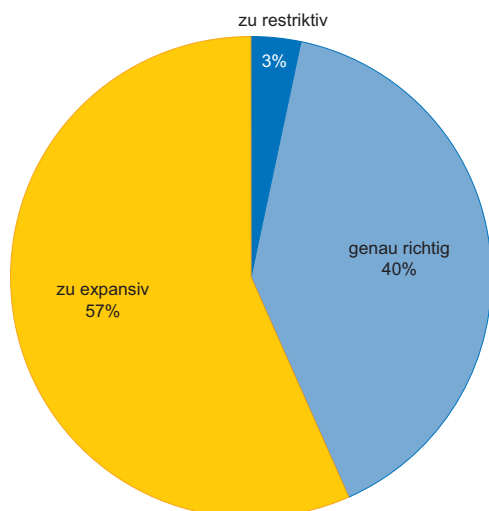


Quelle: Ökonomenpanel Februar 2016.

diese Politik dagegen für genau richtig (vgl. Abb. 6). Im Hinblick auf die Zinspolitik der EZB fordern 41% eine Erhöhung des Leitzinses. 56% der Teilnehmer sind dagegen der Ansicht, dass dieser auf seinem jetzigen Niveau verbleiben sollte.

Ein weiterer Punkt in der ersten Umfrage des Ökonomenpanels zielte auf eine Beurteilung der Russland-Sanktionen ab. Eine einfache Mehrheit von 55% beurteilt dabei den Schaden der EU-Wirtschaftssanktionen gegen Russland für die deutsche Wirtschaft als mäßig. Befragt nach einer Fort-

Abb. 6
Wie beurteilen Sie die aktuelle Geldpolitik der Europäischen Zentralbank?



Quelle: Ökonomenpanel Februar 2016.

setzung der Wirtschaftssanktionen sprechen sich 47% der Teilnehmer generell dafür aus; 26% lehnen dies allerdings ab. Dies steht im Gegensatz zu Forderungen aus der deutschen Wirtschaft, die massive Einbrüche beim Handel mit Russland beklagt.²

Wie sicher sind sich die Befragten bei ihren Antworten?

Den Ökonomen steht zur Beantwortung der Fragen im Ökonomenpanel zunächst eine mehrstufige Bewertungsskala zur Verfügung. Sie können dabei zumeist zwischen den Kategorien »stimme voll und ganz zu«, »stimme eher zu«, »teils-teils«, »stimme eher nicht zu« sowie »stimme überhaupt nicht zu« auswählen. Nach Auswahl ihrer Antwort können die Befragten zudem bei den meisten Fragen auf einer Skala von 0 bis 10 angeben, wie sicher sie sich bezüglich ihrer gegebenen Antwort sind. Schließlich haben die Professoren besondere Expertise in einem bestimmten Bereich der Volkswirtschaftslehre. Fragen, die in den jeweiligen Spezialbereich eines Befragten fallen, können ggf. mit einer höheren Treffgenauigkeit beantwortet werden als andere Fragen. Bei allen Fragen mit dieser Option zeigte sich in der ersten Befragungsrunde, dass sich Ökonomen, die einen Standpunkt deutlich vertreten haben und z.B. »stimme voll und ganz zu« oder »stimme überhaupt nicht zu« als Antwort wählten, bei ihrer Einschätzung auch sicherer waren im Vergleich zu Teilnehmern, die zu Antworten wie z.B. »teils-teils« tendierten. Lediglich die Frage, ob ein drittes Rettungspaket Griechenland langfristig stabilisieren würde, stellt eine Ausnahme dar. Teilnehmer, die diese Frage bejahten, waren im Durchschnitt weniger sicher als Teilnehmer, die diese Aussage ablehnten bzw. mit »teils-teils« beantworteten.

Optionale Kommentare

Bei einigen Fragen hatten die Befragten zudem auch die Möglichkeit, einen Kommentar zu dem jeweiligen Thema zu verfassen. Diese Option wurde insbesondere bei den eingangs gestellten Fragen bezüglich der wirtschaftlichen Vor- und Nachteile der ankommenden Asylbewerber sowie zur Absenkung des Mindestlohns für Asylbewerber genutzt. Hier konnten 46 bzw. 43 Kommentare verzeichnet werden, während im Durchschnitt 26 Kommentare zu einer Frage verfasst wurden.

Im Hinblick auf die Abwägung der wirtschaftlichen Vor- und Nachteile der ankommenden Asylbewerber mahnten die

² Nach Medienberichten gingen im vergangenen Jahr die Exporte deutscher Firmen nach Russland um 25,5% zurück, was ca. 7,5 Mrd. Euro entspricht. Laut einer Umfrage der Deutsch-Russischen Handelskammer fordern 60% der deutschen Betriebe daher auch eine sofortige Aufhebung der EU-Sanktionen.
Quelle: <http://www.tagesschau.de/wirtschaft/deutschland-russland-exporte-sanktionen-treier-101.html>.

meisten Kommentare eine Unterscheidung zwischen kurz- sowie langfristigen Realisierungen der Vor- und Nachteile an. Während kurzfristig gesehen hohe Kosten zu erwarten sind, könnte die Integration der Asylbewerber in den Arbeitsmarkt, falls erfolgreich gestaltet, langfristig durchaus Vorteile mit sich bringen. In Verbindung mit dem allerdings sehr unsicheren Qualifikationsniveau der Asylbewerber sowie der in der kurzen Frist anfallenden hohen Kosten überwiegen nach Ansicht der meisten Teilnehmer allerdings momentan die Nachteile.

Bezüglich der Frage zur Absenkung des Mindestlohns für Asylbewerber zur besseren Integration in den Arbeitsmarkt spricht sich die Mehrheit der Teilnehmer für eine Aufweichung des Mindestlohns aus. Ein Blick in die Kommentare offenbart allerdings auch Bedenken. So warnen einige Teilnehmer vor Verdrängungseffekten, die mit einer selektiven Absenkung des Mindestlohns für Asylbewerber verbunden sind. Viele befürchten zudem damit einhergehende sozialpolitische Spannungen. Einige Teilnehmer schlagen daher eine generelle Absenkung für alle oder die Abschaffung des Mindestlohns vor.

In der ersten Runde des Ökonomenpanels wurden den Ökonomen zudem auch einige Grundsatzfragen zum Staatshandeln und zur Wissenschaftstheorie gestellt.

Die Befragten wurden zunächst um ihre Einschätzung zur Rolle des Staates in der Wirtschaft gebeten. Dabei konnten sie auf einer zehnstufigen Skala zwischen einer umfassenden Rolle (0) bis hin zu einer geringen Rolle (10) wählen, die der Staat zur Regulierung der Wirtschaft und in der Bereitstellung von Gütern und Dienstleistungen spielen sollte. Mit einem Mittelwert von 5,87 beantworteten die Teilnehmer diese Frage recht ausgewogen mit einer Tendenz zu einer eher geringeren Rolle, die der Staat in der Wirtschaft spielen sollte. Bei einer Abwandlung der Frage mit einem Fokus auf die Bereitstellung von Sozialleistungen zur Reduzierung von Einkommensungleichheit tendierten die Teilnehmer allerdings eher zu einer umfassenden Rolle, die der Staat in diesem Fall einnehmen sollte. Der Mittelwert lag hier bei 4,31.

In einer weiteren Frage wurden die Ökonomen gebeten, die Erkenntnisheuristik zu benennen, welche ihrer Meinung nach am geeignetsten ist, um soziale Phänomene erklären oder vorherzusagen zu können. Mit 64% vertritt die absolute Mehrheit der Teilnehmer dabei die Auffassung, dass ein fundiertes Wissen der ökonomischen Theorie sowie ihre deduktive Anwendung auf sozialwissenschaftliche Fragestellungen am geeignetsten ist, um soziale Phänomene zu erklären bzw. vorherzusagen. Lediglich 27% sind der Ansicht, dass das Wissen verschiedener Theorien, das basierend auf Ad-hoc-Entscheidungen von Fall zu Fall auf die entsprechenden Fragestellungen angewendet wird, geeignet ist.

Bei der Frage, ob die Verfügbarkeit von großen Datenmengen dazu führen wird, dass ökonometrische Modelle besser darin werden, komplexe Ereignisse vorherzusagen, treffen die Teilnehmer keine eindeutige Entscheidung. Die Anteile der Zustimmung sowie der Ablehnung dieser Aussage sind identisch. Die Teilnehmer stimmen dagegen eher der Behauptung zu, dass komplexe Ereignisse – wie Finanzkrisen – inhärent unvorhersehbar sind. Im Hinblick auf die Aussage, dass Ökonomen soziale Phänomene besser erklären können als andere Sozialwissenschaftler, stimmen die meisten Teilnehmer ebenfalls eher zu. Eine große Gruppe möchte sich aber auch bei dieser Frage nicht eindeutig festlegen. Die meisten Teilnehmer stimmen hingegen zu, dass die Ergebnisse und Annahmen von anderen Disziplinen stärker von Ökonomen berücksichtigt werden sollten. Bezüglich einer Einschätzung der ökonomischen Annahmen zur egoistischen Handlungsmotivation von politischen Entscheidungsträgern bzw. von Wählern stimmen die meisten Teilnehmer zu, dass diese Annahmen realistisch sind. Dabei ist die Zustimmung im Hinblick auf politische Entscheidungsträger größer als bei Wählern. Keine klaren Mehrheitsverhältnisse liegen allerdings bei der Frage vor, ob Annahmen von Theorien wirklich nicht realistisch sein müssen, solange die Prognosen zutreffend sind.